Bund Deutscher Kriminalbeamter

Einkommensrunde 2015 - BDK legt bundesweite Forderung auf den Tisch - Niedersachsen ist jedoch raus

11.02.2015

- Aus der Serie: wo bleibt Niedersachsen?!

Der Öffentliche Dienst muss im Wettbewerb um qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer konkurrenzfähig bleiben und darf nicht weiter den Anschluss verlieren.

Am 16. Februar beginnen die Tarifverhandlungen für den Öffentlichen Dienst der Länder (außer Hessen). Nun stehen auch die gewerkschaftlichen Hauptforderungen fest:

- Erhöhung der Tabellenentgelte (TV-L und TVÜ-Länder) um 5,5 Prozent, mindestens aber um 175 Euro
- Erhöhung der Entgelte für alle Auszubildenden um 100 Euro monatlich
- Laufzeit 12 Monate
- Zeit- und inhaltsgleiche Übertragung der Tarifeinigung auf den Beamtenbereich
- Dauerhafte Übernahme aller Auszubildenden im Länderbereich

Die Einkommensentwicklung im Öffentlichen Dienst ist trotz steigender Belastung im Vergleich zu zahlreichen anderen Branchen in den letzten Jahren deutlich hinter der durchschnittlichen Entwicklung zurückgeblieben. Gerade im Tarifbereich sind zahlreiche Stellen abgebaut worden, was zu einer enormen Arbeitsverdichtung - auch bei den Beamten - geführt hat.

Um den Öffentlichen Dienst im Wettbewerb um gute und leistungsstarke Arbeitnehmer konkurrenzfähig zu erhalten, ist eine angemessene lineare Verbesserung der Einkommen unverzichtbar.

Der Bund Deutscher Kriminalbeamter fordert darüber hinaus:

- Die Ausweitung von Expertenwissen in der Polizei durch zusätzliche Stellen für Tarifbeschäftigte.
- Verbesserte Möglichkeiten, berufserfahrene Fachkräfte im Öffentlichen Dienst mit einer adäquaten Bezahlung einstellen und halten zu können.
- Gerechte Stellenbewertungen und angemessene Bezahlung für Tarifbeschäftigte in der Kriminalpolizei.
- Perspektiven und Karrieremöglichkeiten für Tarifbeschäftigte durch Fortbildung und Aufstiegsmöglichkeiten.

Eine zeit- und inhaltsgleiche Übernahme für die Beamten ist von der Arbeitgeberseite zu garantieren. **Hier hat sich jedoch Niedersachsen aus der Solidargemeinschaft verabschiedet und schon mal 2,5 % mehr Besoldung für die Beamten, ohne irgendwelche Ergebnisse abzuwarten, ab dem 01.06.2105 festgelegt.** Niedersächsische Delegationen von anderen angeblich tariffähigen Verhandlern, brauchen also erst gar nicht losfahren und können weiterhin Dienst auf den Heimatdienststellen versehen!

Wir richten nun unsere Augen auf die erste Verhandlungsrunde in Berlin. Wir erwarten ein konstruktives und angemessenes Angebot seitens der Arbeitgeberseite, welches die Wertschätzung für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes deutlich widerspiegelt.
Irgendwie scheint dass die niedersächsische Landesregierung nicht zu interessieren!

Der geschäftsführende Landesvorstand

pdf

Schlagwörter
Niedersachsen
diesen Inhalt herunterladen: PDF